SCHWEIZ
Neue Zürcher Zeitung

Wissenschaftlicher Weg zu legalen Joints

Die Städte loten trotz juristischen und politischen Problemen Optionen zur Legalisierung von Hanf aus — der Bund signalisiert Offenheit

Die Städte suchen nach Möglichkeiten, über eine kontrollierte Cannabis-Abgabe die Liberalisierung dieser Substanz voranzutreiben — trotz juristischen Fragezeichen.

Davide Scruzzi

Weiterhin besteht eine grosse Diskrepanz zwischen der rechtlichen Behandlung von Drogen, dem alltäglichen Konsum und den Forderungen der Suchtfachleute. Wie vor einigen Wochen an einer Tagung der Suchtmedizin-Organisation Arud in Zürich klarwurde, wird die Liberalisierung von Cannabis von den Experten weiterhin als wichtig angesehen. Zum einen könnte damit eine über die Substanzen hinweg kohärente Politik aufgebaut werden. Zum anderen wäre bei einer Legalisierung der Konsum offen und kontrollierbar. Für Toni Berthel, Präsident der eidgenössischen Kommission für Drogenfragen, muss der politische Impuls für eine Veränderung in der Drogenpolitik jetzt «von der Basis» kommen, von den Städten und den Suchtfachleuten. Zumindest in Zürich und Basel bleibt die durch politische Vorstösse angeregte kontrollierte Abgabe von Cannabis in den nächsten Jahren ein Thema.

Die in Basel und Zürich eingereichten Vorstösse regen an, ähnlich wie im freilich völlig anders gearteten Fall von Heroin, auch hei Cannabis eine kontrollierte Abgabe einzuführen und diese wissenschaftlich zu begleiten. Die Basler Regierung hatte vom Grossen Rat verlangt, einen SP-Vorstoss abzuschreiben, der Versuche für eine solche kontrollierte Abgabe von Cannabis forderte. Kürzlich kam das Geschäft wieder ins Plenum. Dank dem Stichentscheid des Ratspräsidenten bleibt der Vorstoss aber nun hängig. In der Stadt Zürich empfiehlt der Stadtrat dem Gemeinderat ebenfalls, einen ähnlichen Vorstoss abzuschreiben. Das Plenum muss erst noch darüber befinden. Der Stadtrat räumt aber bereits jetzt ein, weiterhin in der Angelegenheit aktivzu bleiben. Abklärungen und Rechtsgutachten hätten nämlich zwar ergeben, dass ein kontrollierter Verkauf von Cannabis zum «rekreativen bzw. genussorientierten Konsum» nicht rechtens wäre. Möglich wäre aber eine Bewilligung einer Abgabe im Rahmen einer grossangelegten wissenschaftlichen Studie. Das Stadtzürcher Gesundhefts- und Umweltdepartement will denn an das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gelangen, um eine solche nationale Studie anzuregen.

«Relevante Fragen»

Markus Jann, Leiter des Bereichs Drogen beim BAG, signalisiert Offenheit gegenüber einem solchen Projekt, betont aber, dass der Bund selber dabei derzeit nicht die Führung übernehmen würde. Jann verweist dazu auf die Ablehnung der Hanfinitiative. Das neue Ordnungsbussen-Verfahren bei leichten Vergehen von Cannabis-Konsumenten dämpfe zudem die Problematik der bisherigen strafrechtlichen Ahndung des Konsums. Für eine Bewilligung einer Studie müssten relevante wissenschaftliche Fragen im Zentrum stehen. Gewiss sei kein dringender sozialer Handlungsbedarf vorhanden, wie dies bei der Einführung der kontrollierten Heroinabgabe in den 1990er Jahren bestanden habe. Eine breit angelegte Studie mit einer kontrollierten Cannabis-Abgabe könnte aber durchaus dazu dienen, offene Fragen rund um diese Substanz zu klären, sagt Jann.

Folgen des Konsums?

Eine solche Studie könnte klären, inwieweit Cannabis tatsächlich eine Einstiegsdroge ist, ob in den letzten Jahren verbreitete 'Thesen zur negativen Wirkung auf die Psyche stimmen und welche Auswirkungen der Umstand hätte, dass die Substanz nicht mehr auf dem illegalen Markt gekauft werden müsste, sondern in einer «sauberen» Form abgegeben würde — ein Forschungsinteresse ist laut Philipp Waibel von den Basler Gesundheitsdiensten also durchaus vorhanden. Allein könne Basel aber ein solches Projekt nicht tragen Daher warte man nun ab, welchen Entscheid der Zürcher Gemeinderat fällt. Entsprechend werde dann das genaue Vorgehen gegenüber dem BAG festgelegt. Auch weitere Städte müsse man ins Boot holen, sagt Waibel und verweist auf die Frage der Finanzierung. Für Waibel steht fest: «Der Staat kann es sich nicht erlauben, sich aus der Legalität zu verabschieden. Eine kontrollierte Abgabe ist nur mit Bewilligung des Bundes durchführbar.» — Währenddessen sind an Tagungen von Suchtexperten durchaus Voten zu vernehmen, die dazu aufrufen, mit einem Projekt auch einmal eine Übertretung des Betäubungsmittelgesetzes in Kauf zu nehmen. Allerdings haben die Absichten der Städte bereits zu kritischen Vorstössen im Parlament geführt.

Robert Hämmig, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Suchtmedizin, hält das jetzige Verbot von Cannabis für schlecht. Er bezweifelt aber, dass eine Cannabis-Abgabe schliesslich möglich werde, wenngleich mit Alain Berset (sp.) nun wieder ein Bundesrat diesen Bereich verantworte, der dieser Frage gegenüber offen sein dürfte. Allerdings sieht Hämmig grundsätzlich wichtigere Herausforderungen rund um den Cannabis-Konsum. So sei es trotz entsprechender Bestimmung im revidierten Betäubungsmittelgesetz aus seiner Sicht weiterhin schwierig, Cannabis zu medizinischen Zwecken einzusetzen. — Die Eidgenössische Kommission für Drogenfragen berät derzeit, wie die Debatte in der Drogenpolitik wieder an Dynamik gewinnen könnte.

Heroin im Altersheim und im Gefängnis

dsc. Die kontrollierte Abgabe von Heroin hat sich etabliert, wenngleich Fachleute da und dort — etwa in der Waadt noch das Fehlen dieser Möglichkeit kritisieren. Über 1300 Süchtige werden in ambulanten Zentren und einigen Gefängnissen behandelt. 2011 wurde bei 125 Personen diese Behandlung beendet. 10 Prozent dieser Austritte konnten sich einer Abstinenztherapie zuwenden, gegen 50 Prozent wechselten in die Behandlung mit Methadon. Die Zahlen hei der Heroinabgabe sind stabil, es hat sich aber analog zum Konsumverhalten die Altersverteilung verändert: Junge Leute sind mittlerweile in der Minderheit, es gibt eine steigende Zahl von über 55-Jährigen. Zunehmend muss die Heroinabgabe auch in Altersheimen zum Thema werden, sagt Robert Hämmig, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Suchtmedizin. Solche Angebote gibt es bereits im «Krankenheim» in Spiez. Während in einigen Gefängnissen Heroin abgegeben wird, sind Empfehlungen des Bundes für die Abgabe von sauberen Spritzen für den illegalen Drogenkonsum in Gefängnissen umstritten. Die Suchtmedizin-Organisation Arud kritisiert den Zürcher Regierungsrat Martin Graf für seine in der «NZZ am Sonntag» dazu geäusserten Einwände.